

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Preis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Gais  
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 3800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgepaarte Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Der zehnte deutsche Gewerkschaftskongress (Schluß.)

In der Sitzung des 5. Tages (4. Juli) wurde nach der namhaften Abstimmung über die Entschliessung zu den Arbeitsgemeinschaften dem Bundesvorstand der Gewerkschaften folgender Antrag überwiesen:

Als Gewerkschaften, die das Recht der Mitwirkung an der paritätischen Arbeitsgemeinschaft haben, sind nur solche Angestelltenorganisationen zu betrachten, die 1. dem Beschlusse der Verständekonferenz vom 1. bis 3. April 1919 aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes bestehen und die Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts, Glaubensbekenntnisses und der Partei aufnehmen; 2. die im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation anerkennen.

Ueber den Punkt: Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach hierauf Leipart (Berlin). Er begründete die von der Vorstandskonferenz ausgearbeiteten Satzungen, die anstelle der Generalkommission den Gewerkschaftsbund vorstellt. Der Zweck des Bundes soll sein, ein ständiges Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralvorstände zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Leipart sagte, die Aenderung gegenüber bisher liegt nicht nur im Namen. Das Zusammenwirken der einzelnen Verbände wird noch ein intimeres sein, wenn sie sich vereinigen in einen Bund. Anstelle der losen Verbindung soll eine dauernde, geschlossene treten. Die einzelnen Verbände sollen aber nicht aufgehen im Bund, sie sollen weiter bestehen bleiben. An dem System der Berufs- und Zunftverbände muß festgehalten werden. Die gewerkschaftliche Entwicklung soll in der Richtung zum Zusammenschluß zu großen Industrieverbänden gehen. Der Bundesvorstand soll aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt sein, wovon 7 beidseitig werden.

In der Aussprache begründete Hegemann (Hamburg) einen Antrag, zur Ausarbeitung eines Organisationsstatuts für den Bund eine Kommission von 15 Mitgliedern einzusetzen. Er wünscht eine Einheitsorganisation mit beruflicher Gliederung. Dadurch würde viel Verwaltungsarbeit gespart werden. Vorsitzender Siebel stellt unter Zustimmung des Kongresses fest, daß die Einmündelung der Entscheidung über die Gründung ungewöhnlich war. Der Kongress lehnte den Antrag auch mit großer Mehrheit ab. In der weiteren Aussprache begründeten Delegierte die zehnte, zu diesem Punkt vorliegenden Anträge auf Aenderung der vorgeschlagenen Satzungen. Es wird, wie auf früheren Kongressen, der Betriebsorganisation das Wort geredet. Neben den Gemeindearbeitern verlangen auch die Bergarbeiter für sich das Recht der Betriebsorganisation. Weiter wird eingeleitet für die Schaffung von großen Industrieverbänden. Die Opposition wünscht mehr Demokratie in den Satzungen. Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress soll durch Urwahlen vorgenommen und nicht die Art der Wahl jeder Gewerkschaft überlassen bleiben, wie der Entwurf vorsteht. Nach längerer Auseinandersetzung stimmte der Kongress mit 208 gegen 185 Stimmen einem Antrag zu, die Vorlage des Vorstandes und die dazu gestellten Anträge einer Kommission zu überweisen, die morgen darüber berichten soll. Es wurde dann eine grundsätzliche Entscheidung darüber vorgenommen, ob der Kongress für die Aufrechterhaltung der Organisationsform nach dem Grundsatze der Berufs- und Industrieorganisation ist. Dafür stimmten 303 Delegierte, somit die große Mehrheit der Abstimmenenden. Bei der Gegenpartei enthalten sich viele Delegierte von den Eisenbahnern, Gemeindearbeitern und Bergarbeitern der Zustimmung, weil sie nicht gegen Berufs- und Industrieverbände sind, sondern für sich die rechtliche Anerkennung ihrer Organisationsform verlangen. Damit endet der 5. Tag.

Am 6. Tage berichtete Graßmann (Berlin) über die Beratungen der Satzungs-Kommission. Die Kommission habe folgenden grundsätzlichen Beschluß gefaßt:

Die Kommission hält eine Aenderung der Satzung hinsichtlich der Organisationsformen nicht für notwendig, erklärt aber, daß davon abweichende organisatorische Eigenheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angehört, anerkannt werden.

Der Redner begründete dann die Stellung der Kommission zu den einzelnen Anträgen. In dem ersten Satz des Statuts wird ausgesprochen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften beizutreten. Dazu hat die Opposition beantragt, hinzuzufügen „und der Arbeiter- und Betriebsräte“. Die Kommission schlägt vor, dies abzulehnen. Auch dem Vorschlag, den Gewerkschaftskongress alle zwei Jahre, anstatt alle drei Jahre, stattfinden zu lassen, stimmte die Kommission nicht zu. Sie empfiehlt, daß auf je 10 000 Mitglieder (anstatt 5000) einer Gewerkschaft ein Vertreter entfällt. Die Art der Wahl soll jeder Gewerkschaft überlassen bleiben. Die Kommission hat den Antrag der Opposition, daß die Wahl allgemein durch Urwahlen erfolgen soll, abgelehnt. Man könne, jagte der Berichterstatter, nicht von Wahrung der Demokratie sprechen, wenn die Delegierten in Urwahl nur von einem kleinen Bruchteil der Mitglieder gewählt werden, besonders dann nicht, wenn man wisse, von welchen Zufälligkeiten die Kandidatenaufstellung in manchen Versammlungen abhängig sei. Die von der Kommission im übrigen vorgeschlagenen Aenderungen des Satzungsentwurfs sind nicht wesentlich. Die Kommission empfiehlt einen Antrag der Konferenz der Arbeitsekretäre, wonach die Verdendnorstände verpflichtet werden, darauf hinzuwirken, daß sämtliche im Geltungsbereich eines Arbeitsekretariats bestehenden Ortsgruppen oder Einzelmitgliedschaften der freien Gewerkschaften sich dem Arbeitsekretariat anschließen und die für die Unterhaltung des Sekretariats festgesetzten Beiträge zu zahlen. Die Neugründung sogenannter Berufsarbeitsekretariate soll unterbleiben.

Bei der Abstimmung um wird die Erklärung der Kommission zur Organisationsform gegen wenige Stimmen angenommen. Im übrigen wird den Satzungen nach den Vorschlägen der Kommission zugestimmt. Bei den Einzelabstimmungen kam es zu erregten Zwischenfällen, da die Opposition wiederholt das Abstimmungsergebnis bezweifelte, obwohl ihre Anträge offensichtlich nicht die Mehrheit fanden. Eine Auszählung bei der Abstimmung über den Antrag der Opposition auf Durchführung allgemeiner Urwahlen bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress ergab 150 für den Antrag, 342 dagegen.

Der Kongress sprach dann noch den Wunsch aus, daß Bundesvorstand und Ausschuss ein Normalstatut für die gesamten Gewerkschaften ausarbeiten.

Ueber die Sozialisierung der Industrie spricht hierauf Um brei (Berlin). Unsere großen Vorkämpfer hätten uns die Sozialisierung zur Ausföhrung überlassen, sie hätten den Sozialismus in die Herzen der Massen gepflanzt. Die deutsche Arbeiterkraft sei jahrzehntelang zum Verzweiflungskampf geschult worden. Nun sei die Stunde gekommen, wo sie die politische Macht habe. Ihr Bestreben müsse sein, ihre politische Macht zur Verwirklichung des Sozialismus auszuüben. Mit Erklämpfung der Demokratie sei nur der erste Schritt zur Befreiung des Proletariats getan, ihm müsse der zweite Schritt folgen, die Enteignung des Kapitals und der Produktionsmittel. Deutschland müsse sozialisieren, ehe es zu spät sei. Der Sozialismus sei die einzige Rettung für das deutsche Volk, die Gemeinschaft der einzige Weg zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Der Sozialismus allein könne die furchtbaren Folgen des Krieges überwinden. Im Zeichen des Sozialismus werde Deutschland neu gefunden. Der Führer dieser Entwicklung müsse die deutsche Arbeiterkraft sein, sie müsse der Welt auch die wirtschaftliche Freiheit bringen. Wir könnten freilich nicht allein den Sozialismus etablieren, während die übrige Welt kapitalistisch bleibe. Wir hängen von den anderen Staaten ab. Wir könnten aber mit der Sozialisierung beginnen, sehr viel sozialisieren, ohne deshalb vom Auslande abgelehnt zu werden. Der Sozialismus sei keine Angelegenheit der deutschen Arbeiter allein, sondern das große Ziel der Internationale. Wir wollen die Arbeiter der ganzen Welt aufrufen, um uns zu helfen an der Verwirklichung des Sozialismus. Vor Beginn der Sozialisierung müßten bestimmte Vorbedingungen geschaffen werden. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, nicht aber durch die Diktatur des Proletariats. Ein bestimmter, festgelegter Weg für die Sozialisierung besteht nicht, es könnten in Betracht kommen Kommunalbetriebe, Genossenschaften, Syndikatsbildungen als Uebergangsformen, auch Stützungen in der Art wie die Zeisitung in Jena. Nicht in Frage komme die Beteiligung des Arbeiters am Unternehmensgewinn. Sozialisiert werden sollten nur ganze Wirtschaftszweige, nicht einzelne Betriebe. Reif für die Sozialisierung seien Betriebe, die für den Bedarf von Reich, Staat und Gemeinde arbeiten. Alle Rohstoffe und Naturkräfte seien reif für die Sozialisierung. Auch die Galbzugfabrikate eignen sich dafür, weil sie sich in enger Abhängigkeit von den Rohstoffen befinden. Die Genossenschaften sollen in enger Verbindung mit den Gemeinden die ganze Verbrauchsregelung durchführen. Von der Sozialisierung des Versicherungswesens komme die Personensicherung aller Art sofort in Betracht. Ferner das Metzgerei- und Apothekenwesen. In den sozialisierten Betrieben dürfe kein Beamtenverhältnis entstehen, auch keine Gleichmachung; höhere Leistung, höhere Bezahlung! Arbeitervertretungen müssen als Sicherungen dienen gegen Fiskalismus. Jetzt sei es unsere Pflicht zu arbeiten. Der Sozialismus verlange die volle Hingabe der körperlichen und geistigen Kräfte für die Arbeitsgemeinschaft. Wer nicht seine volle Kraft in den Dienst der Arbeit stelle, hindere den Sozialismus. Der Sozialismus sei keine Lohnfrage für den Einzelnen, darf nicht zur Lohnbewegung herabgedrückt werden, er bedeute die Existenzfrage für alle. Sozialismus ist die Einheit von Organisationen, von Selbstziehung und von Arbeit und nur in diesem Zeichen können wir siegen.

Es wird zunächst das Ergebnis der Wahl des Bundesvorstandes bekanntgegeben. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Paul Legien (Holzarbeiter) mit 428 Stimmen, als Stellvertreter Graßmann (Buchdrucker) 429 und Cohen (Metallarbeiter) mit 417 Stimmen; als Kassierer Kube (Zimmerer) 412, als Sekretäre Knoll (Steinfeger) 434 und Böffler (Bergarbeiter) 431 Stimmen; als 1. Redakteur Um brei (Holzarbeiter) 412 Stimmen. Als Beisitzer (unbesoldet) werden bestimmt: Badert (Warenarbeiter) 327, Brunner (Eisenbahner) 423, Bruns (Fabrikarbeiter) 407, Siebel (Büroangestellte) 422, Sabath (Schneider) 387, Sassenbach (Sattler) 406, Schmidt (Landarbeiter) 413 und Silberschmidt (Bauarbeiter) 427 Stimmen.

Die Liste der Opposition, auf der als Vorsitzender Jädel (Textilarbeiter), Richard Müller (Metallarbeiter) und Schumann (Schneider) standen, erhielt 159 bis 168 Stimmen. Weitere Stimmen wurden abgegeben für Schumann (Transportarbeiter) 121, Hedmann (Gemeindearbeiter) 46 und Gübich (Textilarbeiter) 38. In der Nachmittagsitzung sprach der Korreferent R. Silberding (Berlin) über die Sozialisierung der Industrie. Es sei die gemeinsame Ueberzeugung aller Sozialisten, daß die sozialistische Produktion der kapitalistischen Produktionsweise überlegen sei. Das Bewußtsein, daß der Arbeiter nicht mehr zu Ausbeutungsbedingungen verurteilt wird, erhöhe die Arbeitsfreudigkeit und diese bedeute eine Erhöhung der Produktion. Die Verarmung Deutschlands sei kein Grund, die Sozialisierung abzulehnen. Die Sozialisierung dürfe aber nicht einhergehen mit Einschränkung der Produktivität. Wir brauchen die Entwicklung aller in der Produktion Beschäftigten. Welche Zweige kommen für die Sozialisierung in Betracht? Dafür ist Voraussetzung die Frage, welches sind die wichtigsten Kampfmittel des Kapitals? Dies sind vor allem die großen Fabriken der Kohle, Eisen und der Kraftgewinnung (Kohlen, Eisen usw.). Wenn wir diese in das Eigentum der Gesellschaft überführt haben, ist die Macht des Kapitals stark geschwächt. Wir können dann andere Industriezweige angliedern. So die Industriezweige für den Massenkonsum, wobei die Waren für den Luxus und Export freigegeben werden können. Den Gemeinden steht ein weites Gebiet für Sozialisierungstätigkeit offen. Sozialisiert kann ferner werden das Versicherungs-, Hypothekensystem usw. Redner untersucht dann, ob die Ausnahme einzelner Industriezweige von der Sozialisierung berechtigt sei. Da sei zu bedenken, daß die Sozialisierung eine gewisse Uebergangszeit brauche. Diese Uebergangszeit läßt sich durch energische Sozialisierungspolitik verringern. Wenn wir in dieser Weise vorgehen, sozialisieren, dann bauen wir die sozialistische Gesellschaft auf ein starkes Fundament auf. Wie verhalten wir uns nun den einzelnen Unternehmern gegenüber, wie stellen wir uns zur Entschädigungsfrage? Dies sei keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit. Wenn wir auf einmal alles sozialisieren könnten, brauchen wir nicht zu entschädigen. Heute brauchen wir die Entschädigung, um den Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen, und nicht zu bezweifeln, daß die Unternehmer streiten. Für die Entschädigung müsse aber Voraussetzung sein, eine wirkliche sozialistische Steuerpolitik. Dann werden die Kosten der Entschädigung von der Vermögenden der Kapitalistenklasse getragen. Die Regierung habe bis zum heutigen Tage für die Sozialisierung

nichts getan, nichts im Bergbau, wo die Sozialisierung am leichtesten gewesen wäre. Was heute von der Wirtschaftspolitik der Regierung verlaute, bedeute, daß auch nichts getan werden solle. Er denke dabei an den Wirtschaftsplan des Reichswirtschaftsamtes. Diese Landwirtschaft sei ein Mittel zur Erhaltung des Kapitals. Wenn wir den Sozialismus wollen, müssen wir uns klar sein, daß die Durchführung nur durch den Besitz der politischen Macht möglich ist. Wir haben diese am 9. November noch nicht erobert. Der Revolutionsprozeß habe erst begonnen. Die Kampffront des Proletariats sei gebrochen durch die Spaltung des Proletariats. Wir dürfen den Sozialismus nicht auffassen als materielle Frage, sondern als große Idee, die nur durch Begeisterung durchgeführt werden kann.

Der zweite als Korreferent vorgeschlagene Gedert (Chemnitz), war inzwischen abgereist. In den beiden Referaten fand keine Aussprache statt, die Referenten hatten auch keine Entschliessungen unterbreitet.

Von den weiteren Punkten der Tagesordnung und dem zahlreichen Anträgen verschiedener Inhalts erwähnen wir die folgenden.

Sassenbach (Berlin) sprach kurz über gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Die Bundesleitung soll beauftragt werden, die vormaligen gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wieder zu eröffnen und auszubauen. Für die gewerkschaftlich arbeitenden Genossen sind ebenfalls Kurse einzurichten. Der Redner verweist auf die gedruckt vorliegenden Vorschläge der Vorstandskonferenz. Die Vorschläge werden vom Kongress gutgeheißen.

Ueber die Regelung des Lehrlingswesens referierte ebenfalls Sassenbach (Berlin). Das Vorrecht der Innungen muß unbedingt beseitigt werden. Die bestehenden Lehrverträge müssen einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen werden. Vom Referenten und einigen auf diesem Gebiet besonders Sachverständigen werden Vorschläge vorgelegt. Die Großindustrie muß gezwungen werden, entsprechende Einrichtungen zur Ausbildung von Lehrlingen zu schaffen. Zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse sollen mit Zustimmung des Reiches für jeden Beruf paritätisch aus Vertretern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Zentralkommissionen eingesetzt werden, die unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsamtes innerhalb der durch allgemeine gesetzliche Bestimmungen gezogenen Grenzen wirken. Nach kurzer Aussprache stimmte der Kongress den vorgelegten Vorschlägen zu.

Zum Ausbau der Sozialisierung beantragte Siebel, alle vorliegenden Anträge und Entschliessungen einem Sachverständigenausschuss zu überweisen. Es wird danach beschlossen.

Ein Antrag der Konferenz der Arbeitsekretariate betreffend Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Arbeitsekretariate wurde dem Bundesvorstand zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag Jaach (Berlin), von der diesjährigen Ernte an eine Erhöhung der Lebensmittelpreise durchzusetzen unter Zubilligung angemessener Erzeugerhöchstpreise für Brotgetreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, Schachtwild, Milch und Butter, und unter Ausschaltung der Bauernräte, im Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen, Kontrollorgane zur reiflichen Erfassung aller rationierten Lebensmittel auf dem Lande zu schaffen.

Der Kongress stimmte ferner einer Entschliessung zu, in der die Reichsregierung ersucht wird, vom Beginn der neuen Ernte ab die Lebensmittelerationen so zu erhöhen, daß eine ausreichende Ernährung der arbeitenden Bevölkerung gesichert ist. Deutschprämien sollen nicht mehr gewährt werden dürfen.

Brücker (Berlin) begründete einen Antrag, in dem sich der Kongress auf den Boden der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen stellt. Der Kongress fordert von der Regierung ein Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Dem Antrag wird zugestimmt.

Zur Frage der Arbeitsnachweise und Erwerbslosenunterstützung fand ein Antrag Annahme, daß die Arbeitsvermittlungstellen bei der Zuweisung von Arbeitskräften die von den Gewerkschaften anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen respektieren. Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht verweigert werden, wenn die Arbeitsannahme wegen Nichtzahlung der im Gewerbe maßgebenden Löhne abgelehnt wird.

Ferner wird zugestimmt einem Antrag der Holzarbeiter, daß Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können. Der Kongress spricht sich weiter dafür aus, daß der 1. Mai dauernd als gesetzlicher Feiertag erklärt wird.

Saas (Köln) begründete eine Entschliessung zu den Verhältnissen in den besetzten Gebieten:

„Mit Entrüstung nimmt der 10. Gewerkschaftskongress Deutschlands Kenntnis von den Leiden und Drangsalierungen der organisierten Arbeiterkraft in den besetzten Gebieten des Westens. In unzähligen Fällen haben die militärischen Behörden der Allierten die Massenbewusste Arbeiterschaft mit Gewalt, Strafen und Ausweisung von der Durchführung ihrer Interessen abgehalten.“

Der Gewerkschaftskongress verurteilt ein derartiges Vorgehen auf das Allerentschiedenste und fordert einmütig, daß nunmehr, nachdem der Friede geschlossen, unsere Arbeitssoldaten im besetzten Gebiet in den vollen Genuß der Rechte und Freiheiten kommen, wie sie ihnen durch die deutschen Gesetze gewährleistet werden, da nur dann sich die wirtschaftlichen Ertragsbedingungen der Revolution auch in besetzten Gebieten verwirklichen lassen.

Der Gewerkschaftskongress ruft unseren Klassenossen im besetzten Gebiete zu, so wie bisher, auch in Zukunft fest und unerschütterlich an der deutschen Reichseinheit und auch an der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung festzuhalten; alle offenen und versteckten Trennungsversuche, gleichviel von welcher Seite sie kommen und mit welchen Mitteln sie propagiert werden, auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Der Volksgenossen des besetzten Gebietes, die gegen die Lösungsbestrebungen gekämpft haben, spricht der Kongress seine volle Sympathie aus und erwartet, daß die alliierten Mächte die bestraften Volksgenossen in Freiheit setzen und die Ausgewiesenen zu ihren Angehörigen zurückkehren lassen.

Die Massenbewusste Arbeiterschaft aller Länder fordert wir auf, uns bei der Durchführung der Ertragsbedingungen der deutschen Revolution in den besetzten Gebieten zu unterstützen.“

Der Kongress stimmt dieser Resolution einmütig zu. Ferner einem Antrag von Fost (Berlin), daß beim Wiederaufbau von Belgien und Frankreich das kapitalistische Profitstreben ausgeschaltet werden müsse.

Zu der Frage der Freiwilligenverbände unterbreitet die Konferenz der Vorstandsvertreter folgenden Antrag, den Haag (Berlin) begründet:

Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sollte beschließen: Die Freiwilligenverbände und die aus ihnen hervorgegangene Reichswehr sind gebildet worden als notwendige Einrichtungen zum Schutze der deutschen Republik und der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution. Von dem Recht, in die Reichswehr einzutreten, haben zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teils aus Überzeugung für die Sache der Republik, teils unter dem Zwange der Arbeitslosigkeit Gebrauch gemacht. Diesen Arbeitern kann ein Vortrurf nicht gemacht werden, wenn einzelne Glieder dieser militärischen Verbände sich Handlungen zuschulden kommen ließen, die nicht nur nicht zu billigen, sondern zu verurteilen sind.

Der Gewerkschaftskongress verurteilt es deshalb auf das Entschiedenste, daß gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich keiner statutenwidrigen Handlung schuldig gemacht haben, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr durch Ausschluß aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihrer wohl-erworbenen Rechte beraubt, oder nach dem Austritt aus dem militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Schliefstadt (Hemseid) wandte sich entschieden gegen den Antrag. Wenn die Einigung der Arbeiter wieder hergestellt werden sollte, dann sei Vorbedingung, daß die Freiwilligenverbände verschwinden. Eine sozialistische Volkswehr müsse gebildet werden.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Ein weiterer angenommener Antrag verlangt die Aufhebung der Sondergesetzgebung bezüglich der Rechtsverhältnisse der Seeleute und Hinnenschiffer.

Der Kongress nahm ferner Kenntnis von einem Brigadebefehl gegen Streikende und verurteilt diesen. Er sprach sich ferner dafür aus, daß Freitags Lohnzahlung sein soll.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet.

Für die ausländischen Delegierten richtete Domes (Wien) herzliche Abschiedsworte an den Kongress. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es nicht zur Spaltung der Gewerkschaften gekommen ist.

Vorsitzender Reichel dankte für diese Worte. Wir werden alle unsere Kräfte daran setzen, um die Hoffnung zu erfüllen, die Domes auf diesen Kongress setzt. Es wäre ein Unglück für das deutsche Volk, wenn auch die Gewerkschaftsbewegung gespalten würde. Reichel macht dringend zur Einigung, gedankt des nun geschaffenen Gewerkschaftsbundes und spricht die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk sich wieder in die Höhe arbeiten werde.

Mit einem Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird der Kongress am 7 1/2 Uhr geschlossen.

### Für und gegen Maßregelung und Gewalt Herrschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband

#### Die Situation in unserem Verband.

Die Auflösung der alten Ordnung und die Rote des Zusammenbruchs des kapitalistisch-imperialistischen Systems scheinen auch an unserem Verbande nicht spurlos vorüberzugehen. Dem nüchternen Beobachter ist dies keine Ueberraschung, es gibt ihm auch gar keinen Anlaß zu leidenschaftlichen Äußerungen und erregten Wortwüsten nach der einen oder anderen Seite hin. Nur kurzfristige Menschen können glauben, daß unser Verband nach 1 1/2 Jahren Weltkrieg mit unermesslicher Güterzerstörung und nach einer beispiellosen Revolution, die noch lange nicht abgeschlossen ist und noch manches Volk erschaffen wird, im alten Geleise sich weiterentwickeln und betätigen kann. Im Feuer der Revolution kann es ohne Hemmnisse und Erschütterungen auch in unserem Verbande nicht abgehen. Das ist auch gar kein Fehler oder Unglück. Im Gegenteil. Es ist das Lebenselement, das uns verjüngt und kauft. Aus diesen Wirnissen und Kämpfen der heutigen Zeit wird eine schönere Zukunft geboren. Unser Verband würde geistig verblühen, seine robuste Lebenskraft würde in dahinsiechende Invalidentümme sich verwandeln, wenn er nicht kräftig von den Ideen der neuen Zeit gezeugt und geschüttelt würde. Die Grundlagen für die Wirklichkeit unseres Verbandes werden sicherlich für die Zukunft andere sein wie bisher. Glaube ja niemand, daß jemals die bisherigen Zustände kapitalistischer Wirtschaft, denen unsere Gewerkschaften ihr Dasein verdanken und die ihnen Form und Richtung gaben, aufrecht erhalten werden können oder jemals wiederkehren.

Man spricht heute von Parteiführer, Gewalt, Terror, Maßregelung und offenem Aufruhr in unserem Verbande und verlangt politische Meinungsfreiheit und Duldsamkeit, wahre Demokratie und Gleichheit, es wird zum Widerstand gegen die maßlosen Geheerren und Treibereien gewisser Kreise aufgerufen, weil — in einigen Orten Verbandsschritte das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder verloren haben und erlassen worden sind oder erlassen werden sollten. Diese ganze erregte Aktion in der Metallarbeiter-Zeitung, in Flugblättern und Versammlungen usw. ist nicht geeignet, die Einigkeit und die Einheit des Verbandes zu fördern, sie zengt außerdem von großer Oberflächlichkeit und jählicher Reizbarkeit.

Es sind ja schon vor dem Kriege und zu Zeiten, wo es nur eine sozialdemokratische Partei in Deutschland gab, Verbandsschritte von den Mitgliedern erlassen worden und vor dem Kriege schon haben Vorstandsmitglieder wegen „Maßregelungen“ im Verbande Protest in der Metallarbeiter-Zeitung erhoben. Der Protest hat keine besondere Wirkung erlangt, bei den Mitgliedern haben diese „Maßregelungen“ keinen Reizungsboden gefunden. Es sind dann noch der Revolution Beamte in unserem Verband erlassen worden oder selbst gegangen, weil sie durch politische und militärische Akten demotiviert wurden, daß schließlich ein Verbleiben in ihren Vertrauensstellungen im Verband am Orte unmöglich wurde. Es handelte sich in vorstehenden Fällen meist um lokale Angelegenheiten und zeitlich begrenzte Erregungen in Mitgliederkreisen.

Bei den heutigen Differenzen eines Teiles der Mitglieder mit einem Teile der Angestellten handelt es sich um Grunde um rein sachliche Fragen. Das Persönliche ist bei weitem untergeordneter Natur und von der Sache nicht vollständig zu trennen. Sollen die Gewerkschaften wie bisher die Anwesenheit nur mildern, oder sollen sie unterstützen, sie ganz zu befeitigen? Das ist die Kernfrage, um die es sich hier handelt. Das Ziel der Arbeiterbewegung war von jeher der Sozialismus. Auch der geistig schwächliche Arbeiter erkennt heute, daß trotz erheblicher Lohnsteigerungen seine soziale Lage durch Steigerung der Lebenspreise schlechter sein kann, wie zu Zeiten niedriger Löhne. Der Unternehmenseigenen kann trotz Lohnsteigerungen gleich bleiben, ja sogar noch höher sein. Der höhere Lohn wird auf die Bilanz lokalisiert und der Arbeiter wird als Konsumant demotiviert, daß alle Lohnsteigerungen keine Verbesserung seiner Lebenslage darstellen. Hier Gewerkschaften setzen auf dem Standpunkt, daß die Verbesserung des Lebens erst dann beginnt wird, wenn nicht mehr der Unternehmer und Arbeiter, sondern für den Arbeiter der Sozialismus erreicht wird.

Die meisten Gewerkschaftsbeamten sind der Meinung, die kapitalistische Wirtschaft wird nicht oder doch in absehbarer Zeit nicht verschwinden und über sich erheben, entsprechend dieser Auffassung geistig erregt und eine politische Tätigkeit auf. Und gerade deshalb können sie mit Mitgliedern in Widerspruch. Große Arbeitermassen wollen die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganen werden, die ihre ganze Kraft zum Sturze des Kapitalismus einsetzen haben, weil sie nicht glauben, daß durch die kapitalistische Produktionsweise es jemals möglich sein wird, wieder zu gewöhnlichen Zuständen mit einem gesunden Wirtschaftlichen zu gelangen. Sie meinen an, daß aus dem wirtschaftlichen Chaos, aus dem Jammer und Elend, aus dem das Volk und die Menschheit in die Welt der kapitalistischen Welt gedrückt hat, nur durch den Sozialismus, wenn er an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft tritt, ein gesunder Wirtschaftlicher Zustand erreicht werden kann.

schwinden, wenn der sogenannte „freie“ Arbeitsvertrag dem Recht auf Arbeit und der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen Platz macht, wenn mit der Macht des Kapitals nicht paktiert, sondern wenn sie vollständig gebrochen und niedergedrungen wird. Von diesen Umwälzungen erwarten die Arbeiter ihre wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung und ein schöneres, freieres Leben.

Man kann es den Mitgliedern, wo sie in der Mehrheit den letzteren Anschauungen huldigen, durchaus nicht verdenken, wenn sie auch Männer dieser Auffassungen mit an der Spitze der Gewerkschaften stehen haben wollen. Der Lebensgedanke von Karl Marx ist: „Den Willen der Massen von einem unbewußten, der die Dinge bloß hinuntreibt, zu einem zielbewußten, der sie ändert, zu machen.“ Das zu tun im sozialistischen Sinne, was Marx hier ausdrückt, verlangen sie von ihren geistigen Führern und Vertrauensleuten. Wenn diese aber ihren Ueberzeugungen lau, feistlich, misstrauisch, ja sogar feindselig gegenüberstehen, so erblicken sie darin eine Hemmung und keine Förderung der sozialistischen Entwicklung.

Die „Alten“ stimmen mit dieser Grundanschauung nicht überein, sind auch gar nicht geneigt, sich unterzuordnen oder sich verdrängen zu lassen. Die Neuen geben es aber auch nicht auf, die Mitglieder von der Wichtigkeit ihrer abweichenden Meinung zu überzeugen und aus diesem Grunde haben wir: „Die Situation in unserem Verband.“ Wenn die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sind, ringt sich das Neue durch trotz aller Befehlungen und allen Widerstands, sind sie nicht gegeben, wird es sich nicht durchsetzen, auch wenn es von allen Seiten gefördert wird. Auf die Dauer wird ein Beamter unseres Verbandes mit seinen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen nicht gegen die Mehrheit von Mitgliedern arbeiten können, auch wenn er der geschickteste und tüchtigste ist. Die heutige Gärung ist nicht zu vergleichen mit vorübergehenden Unstimmigkeiten früherer Zeiten in manchen Orten unseres Verbandes.

Die Macht und Autorität, alle Vorsichtsmaßnahmen und Sicherungen zur Erhaltung des Alten nützen in der gegenwärtigen Zeit leidenschaftlichen Ringens um eine neue Welt und eine neue Taktik und Anschauung in unserem Verbande nicht das mindeste. Ich verleihe es vollständig, daß Kollegen in unserem Verband sich für berechtigt und verpflichtet halten, die Gegner ihrer Anschauungen ihres Einflusses zu berauben, sie mit allen Mitteln als Schädlinge des Verbandes hinzustellen und niederzuknallen. Dauern Erfolg wird diese Tätigkeit aber kaum haben. Es wäre wohl am besten, wenn beide Seiten über Personenfragen sich nicht auf den nackten Gewaltstandpunkt stellen würden, sondern durch Verständigung zur Einigung kämen. Soll unser Verband aus der Revolution ohne Schaden herauskommen, muß weitgehendste Meinungsfreiheit und entgegenkommende Toleranz vorhanden sein, auch wenn es für diejenige Richtung, die die Macht hat, un bequem ist.

Die Personenfrage ist nicht das wichtigste in der zukünftigen Entwicklung. Selbst wenn eine hemmungslose Auswechslung der Verbandsbeamten vor sich gehen könnte, müßten viele von der einen Seite bald einziehen, daß ihre schlimmsten Befürchtungen nicht eintreten und die andere Seite würde bald erkennen, daß dadurch allein ihre sehnlichsten Wünsche und Hoffnungen noch lange nicht in Erfüllung gehen. Wenn ein Beamter wirklich das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder nicht besitzt und durch einen anderen ersetzt werden soll, ist es weder notwendig noch gut, mit den schmerzlichen Geschühen aufzuhäufen, wie es der Vorstand getan hat. Auch die heroischen Solbaritätsakte der Angestellten untereinander bei solchen Vorkommnissen, so schön sie sich auch menschlich betrachtet ausnehmen, halte ich schließlich unter Umständen für einen Fehler; sie erschweren die Verständigung. Dem Arbeiter wird nur die Solidarität der Ausgebildeten gegen die Ausbeuter imponieren. Und Ausgebildete und Unterdrückte im kapitalistischen Sinne sind die Angestellten in der Arbeiterbewegung nun doch nicht. Auch wird es keinen organisierten Arbeiter geben, der einen Angestellten wegen seiner entgegengesetzten politischen Ueberzeugung wirtschaftlich schädigen wollte. Das ist aber das Moment, das die Arbeiter unter dem Begriff Maßregelung verstehen. Die Angestellten unseres Verbandes sollen und müssen sein die Vertrauensleute der Metallarbeiter im besten Sinne des Wortes, die Vollstrecker ihrer Empfindungen und Anschauungen und die energigsten Vertreter ihrer Interessen. Wer das nicht sein kann und seine führende Stellung in der Arbeiterbewegung wie die eines Lohnarbeiters im kapitalistischen Betrieb aufweist, der sollte von selbst die notwendigen Konsequenzen ziehen. Hans Fiegler (Weißbrunn).

#### Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Als ich vor mehr als einem Vierteljahrhundert dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beitrug, hatte ich mich schon längere Zeit zuvor mit meinen bescheidenen Kräften in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands betätigt. Ich wollte an dem großen Ringen der arbeitenden Klasse nach Freiheit mitwirken und nicht, wie viele meiner Arbeitskollegen, die nicht mitreden, aber wohl zur Zeit mitreden wollten, beiseite treten bleiben. Daß wir damals erst der sozialdemokratischen Partei zugeführt wurden, hatte seinen Grund wohl darin, daß die damaligen führenden Geister der Sozialdemokratie den Gewerkschaften nicht die Bedeutung beigemessen haben, die ihnen nach meiner heutigen Kenntnis der Dinge beigemessen werden mußte. Sie haben sich vor allem der Kleinarbeit für die Gewerkschaften nicht so gewidmet, wie es heute glücklicherweise eine größere Anzahl der Politiker tut. Zu Magdeburg, wo ich dem Verbande beitrug, waren es besonders der damalige Vertrauensmann für Magdeburg, der nun schon längst verstorben ist, Kollege Hugo Gärtner und der Kollege Otto Koh, die Verträge legten. Sie wiesen in den Verhandlungen an Beispielen nach, daß der Arbeiter durch das Wirken der Gewerkschaften erst die Möglichkeit gegeben würde, sich die Kraft zu schaffen und zu erhalten, die notwendig ist, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die die sozialdemokratische Partei zu erfüllen gerufen ist, indem die Gewerkschaften verhüten, daß die Arbeiter in das Kampfproletariat herabgedrückt werden. Im besonderen wiesen diese darauf hin, daß der Willkür der Unternehmer und deren Angestellten, die diese bei Arbeiterentlassungen ausüben, durch die Macht der Gewerkschaften ein Damm entgegen gesetzt werden konnte. Der Kampf gegen die Willkür dieser Leute spielte zur damaligen Zeit eine wichtige Rolle. Denn auch das Ausnahmegericht gefallen war, so wurde doch noch den Unternehmern und deren Trabanten, wie man damals die Beamten der Betriebe nannte, alles unterlassen, um in den Betrieben keinen Sozialdemokraten aufkommen zu lassen. Es wurde eine Gefinnungsschmelze betrieben, die Freigedanken nicht.

Die Sache ging soweit, daß die Arbeiter nicht einmal wegen Kampfes, im Gegensatz in die Volkshäuser einzutreten, ohne daß sie Gefahr liefen, hierüber demotiviert zu werden. Zu dieser Zeit erfolgten die Maßregelungen meist wegen der politischen Gefinnung, denn die Unternehmer fürchteten die Sozialdemokratie mehr als die Gewerkschaften. Das wurde mit der Zeit glücklicherweise anders. Und in dem Maße, wie der Instanz der Arbeiter zu den Gewerkschaften gewand, wuchs ihre Macht, mit der der Willkür der Unternehmer bei Entlassungen der Arbeiter wegen ihrer Betätigung in der Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden konnte. In sehr vielen Fällen wurde die Wiederbeschäftigung gewagter Kollegen gefordert und auch durchgeführt. Sogar in den Betrieben traten die Arbeiter, um ihren gewagter Kollegen wieder in den Betrieb hineinzuholen. Wenn man auch sagte, daß es, wenn der Unternehmer die Befreiung gewährte, hätte für die Betroffenen ein geschicktes Arbeitsverhältnis in dem neuen Falle nicht mehr war, so sollte doch hiermit vorübergehend getönt werden. Die Maßregelungen waren nicht immer abzuwehren, weil der Organisation hierzu an vielen Orten die Kraft fehlte. In solchen Fällen wurden die Kollegen, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband entlassen wurden, höher unterstützt als Arbeitslose. Daß die Kollegen der Frage der Maßregelung besondere Bedeutung beimessen, ersieht man daraus, daß bei Beschäftigung bei Lohnbewegungen oder aus sonstigen Ursachen Kollegen im Verband immer Gewacht darauf legen, daß ein Punkt: Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden, mit aufgenommen wurde. Wenn ich auch immer auf dem Standpunkt geblieben habe, daß die Maßregelungen erst aufzuheben werden, wenn die Gewerkschaften

eine gewisse Stärke erreicht haben und die Unternehmer dadurch zerschlagen worden sind, daß ihnen ihre Absetzpolitik nicht mehr, so haben wir diesen Punkt fast immer mit aufgesetzt, und in den Verhandlungen mit dem Unternehmer diesem erklärt, es sei ein Schmach, daß er Arbeiter, die ihre Arbeit zu seiner Zufriedenheit verrichten, aus politischen Gründen entläßt. Wurde mir dann von dem Unternehmer erklärt, daß er niemanden maßregelt, er müsse aber das Recht haben, Arbeiter entlassen zu können, so habe ich ihm das Recht immer für solche Fälle abgeprochen, wo der Arbeiter wegen seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung entlassen wird. Der Kämpfer für Meinungsfreiheit konnte ich es nicht zulassen, daß der Arbeiter zu Gefinnungslumpen gemacht wurde. Je stärker der Verband wurde, je mehr ließen diese Maßregelungen nach, und wie freute ich mich, daß sie nun ganz aufgehört haben werden, nachdem unser Verband eine Riesengröße erreicht hat.

Aber ich habe mich infolgedessen getäuscht, weil jetzt der bedauerliche Fall eingetreten ist, daß die organisierten Arbeiter als Arbeitgeber zu denselben nutzlosen Mitteln greifen, zu dem die brutalen Unternehmern in der Vergangenheit gegriffen haben. Auch sie dulden nicht, daß ihre Beamten eine andere politische Meinung haben. War es auch noch bis zu einem gewissen Grade zu verstehen, daß der Unternehmer Arbeiter, seine politischen Gegner, mit solchen schmutzigen Mitteln bekämpfte, so ist es mir aber unverständlich, daß Arbeiter dieselben Maßnahmen gegen ihre Beamten ergreifen, die doch nicht einmal ihre politischen Gegner sind, die nur eine abweichende Meinung über die sichere Erreichung des gemeinsamen Zieles haben. Jedem mit dem Wesen der Gewerkschaften vertraute Kollege hätte es sich wohl niemals träumen lassen, daß es in unserem Verband einmal soweit kommen würde.

Nun sagen zwar die betreffenden Kollegen, genau wie die Unternehmer, daß sie keine Maßregelung vornehmen, daß sie aber das Recht hätten, Beamte zu entlassen und anzustellen. Das trifft auch hier, wie oben, nur bedingt zu. Beamte zu entlassen oder als Wechselschicht abzugeben und in untergeordnete Stellung zu bringen, denen keine grobe Verfehlung in der Ausführung der Geschäfte nachgewiesen werden kann, ist und bleibt eine glatte Maßregelung. Darauf läßt sich durch Wort und Schrift nichts hinwegdeuteln. Waren die Kollegen bis dahin immer der Meinung, daß Entlassungen von Arbeitern oder zum Beispiel das Versehen der Großformer an kleinerer Arbeit, oder der Dreher an minderwertige Stücke usw. wegen ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung als Maßregelung anzusehen ist, so müssen sie, wenn sie konsequent bleiben wollen, gegen die in einigen Orten beliebten Gewaltmaßnahmen Front machen. Dies erfordert die Würde des Verbandes.

Haben sich die Kollegen dem Verband angeschlossen, um sich gegen Willkürmaßnahmen der Unternehmer zu schützen, so wird auch jeder Beamte sich nach einer Stelle umsehen müssen, die ihn schützt, wenn ihm sein Verband keinen Schutz angedeihen läßt und ihn die Mitglieder schloßlos der Willkür der Mitglieder preisgeben, die neben ihrer Meinung keine andere dulden. Erwägenwert ist noch, daß unter diesen sich eine große Anzahl befindet, die bis vor kurzer Zeit abseits gestanden haben, sie haben nicht mitgedacht, wollen aber nun den Ueberer beteiligen in dem Glauben, daß sie schon vor der Entlassung sind.

Soll es denn wirklich soweit kommen, daß sich Gewerkschaftsbeamte dem Verband der Büroangestellten anschließen, damit dieser dann an die betreffende Gewerkschaft herantritt und erklärt: Maßregelungen unserer Mitglieder dürfen nicht vorgenommen werden? Rudolf Köhler.

#### Befreit euch von der Phrasen.

Ein geistreicher Mann sagte einmal: Die Phrasen sind ein Gefäß, in welchem die Wahrheit Platz hat. Das trifft zu. Daraus ergibt sich aber, daß sie — die Phrasen — selbst hohl und ohne Inhalt ist. Es soll zugegeben werden, daß in der Rhetorik die Phrasen unentbehrlich ist, gemessenmaßen als Würze, aber doch nur als solche. Und demnach herrscht heute die Phrasen, herrscht unumschränkt, nackt und bloß. Unser öffentliches Leben ist durchsetzt mit Phrasen, härter als jemals zu einer Zeit. Erst die Kriegspsychose — Phrasengebimmel. Siegestaumel. Imperialismus in höchster Potenz. U-Bootstummel. Eine kleine Ernüchterungspause vor der Revolution. Die Revolution — Die Folge: Revolutionspsychose — Gegenrevolutionspsychose. Uebermächtsdünkel, Sozialisierungsphrasen, Diktatur des Proletariats in Permanenz, Streikepidemie usw. Das ist die Signatur unserer Tage.

Daß die Gewerkschaften ganz von diesen Ereignissen verschont bleiben würden, war nicht zu erwarten. Daß aber in den Gewerkschaften diese Entartung, denn anders kann man es schließlich nicht nennen, sich fast zur Meinherrschaft durchdringt, ist ein tieftrauriges Zeichen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist eine so verantwortungsvolle, eine so nüchternen, ohne jeden Schwung und Pathos, daß die Phrasen in der gewerkschaftlichen Tätigkeit wirklich keine Stätte haben sollte.

In der Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung sagt Aug. Haas eine alte Weisheitswahrheit, die, so oft sie schon gesprochen wurde, hier nochmals wiedergegeben sei: „Die Praxis ist der beste Lehrmeister und mancher, der vorher alles besser können wollte und auf die Gewerkschaftsbirokratie schimpfte, hat nachher einsehen müssen, daß auch er nicht härter war als die Verhältnisse, daß auch er die Menschen nehmen mußte, wie sie waren und nicht, wie er sie gerne gehabt hätte.“ Wer kann von sich sagen, daß ihn die Praxis nicht umgetrieben hätte? Wohl ein Jeder hat es erlebt — vorausgesetzt, daß er auch wirklich in der Praxis gearbeitet hat!

Unsere Kollegen von der U. S. A., soweit sie in der Arbeiterbewegung Erfahrung haben, weisen mit Vorliebe auf „unser altbewährte Taktik“ der alten Führer hin. Die, welche keine Erfahrungen haben oder wegen ihrer Jugend nicht haben können, reben es nach. Ich verweise auf einen „alten Führer“, auf Bebel. Ihr Alten, denkt an die Rede Bebel's über „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“, und ihr Jungen, besorgt euch diese Rede, die als Broschüre gedruckt wurde. Gewiß müssen jetzt die Gewerkschaften zu den politischen Fragen sich anders stellen, sie anders behandeln, als unter dem Regiment des Obrigkeitstaates. Aber eines dürfte noch heute wie früher als unbedingte Voraussetzung gelten: Die Erledigung politischer Parteifragen und Differenzen gehört nicht in die Gewerkschaften, sie gehört in die Parteiorganisationen!

Das Kapitel der Maßregelung wegen anderer politischer Ansicht und Stellung innerhalb der Gewerkschaften ist wohl das bespottetste, was sich je geltend gemacht hat. Vor 20 Jahren postierte es mir, daß ich wegen meiner politischen Stellung — die keineswegs der Mehrheit meiner Kollegen entsprach — von einer Direktion gemahnt wurde. Die Arbeiterschaft des Betriebes, gegen 5000 Mann, wollte darauf hin die Arbeit einstellen. Da dies nicht meine erste Maßregelung war, rief ich meinen Kollegen von der Arbeitseinstellung ab. Heute verlangt die gleiche Arbeiterschaft (nicht die gleichen Personen) die Maßregelung politisch Unterdenkender! Soll das eine Erzwungenheit der Revolution sein? Ist das ein Fortschritt?

Was macht man den Gewerkschaftsbeamten, die man maßregelt zum Vortrurf? Sie sollen die Politik der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände gutheißen. Ich weiß nicht, wieviel man dies den gemahneten Beamten nachgewiesen hat. Ich weiß aber, daß man mir das nicht nachweisen konnte. Aber noch mehr. Man hat mich auch niemals danach gefragt, ob ich mit der Politik dieser Körperlichkeiten einverstanden war oder nicht. Kam die Rede auf dieses oder jenes Vorkommnis, so gab ich — je nach dem Fall — meiner Zustimmung oder ablehnenden Ansicht Ausdruck. Vieles halte ich für richtig, verschiedenes für nicht richtig. Kommt noch hinzu — wer will, möge mir einen Vortrurf daraus machen —, daß ich häufig nicht einmal Zeit genug hatte, mich genügend mit all den Fragen zu beschäftigen. Die Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder, ihre Lohnbewegungen, Vertretungen usw. nahmen mich derart in Anspruch, daß man die Minuten zum Luftschöpfen zählen konnte. Und so wie mir ging es wohl vielen, vielleicht den meisten. Ich bin überzeugt, daß man den gemahneten Beamten nicht eine einzige bestimmte Handlung nachweisen kann, die eine Entlassung rechtfertigt. Wenn die Regierung oder andere tätige Genossen der U. S. A. etwas tun, was den Genossen der U. S. A. nicht gefüllt

(ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt), so maßregelt man Personen, die an diesen Taten in keiner Weise beteiligt sind. Auch sagte im Beirat: „Wir können mit den S. P. D. Kollegen zusammenarbeiten, wenn sie auf die Regierung einwirken.“ Schumann stellt in Aussicht: „Wenn Generalamission und Gewerkschaftsvorstände eine andere Politik einschlagen, dann hören die Maßregelungen auf!“ Ja, um alles in der Welt, was kann denn ein Geschäftsführer in einer kleinen Verwaltungsstelle auf die Politik der Regierung, der Generalamission oder der Vorstände einwirken? Der Betreffende hat eine politische Überzeugung, und ist er ein Perle, so verteidigt er sie gegen rechts und gegen links. Ist er ein Wackelknecht, so duckt er sich. Was soll das heißen: „Der Angestellte muß sich der politischen Anschauung der Mehrheit seiner Kollegen anpassen.“ Der Generalamissionsbeamte wäre dann, wo heute alles in Fluß ist, heute Mehrheitssozialist, morgen Unabhängiger und in 8 Tagen Kommunist. Ein paar Wochen später etwas anderes oder er fängt wieder von vorn an. Und wie sieht es örtlich aus, wenn nach diesem Rezept verfahren wird? In der einen Verwaltungsstelle lauter Beamte der U. S. P., in der zweiten von der S. P. D., in der dritten von der F. P. Weiter: Was verlangt man z. B. vom Bezirksleiter? Heute kommt er zu den S. P. D. und ist folger, morgen zu den U. S. P., ist er es auch und übermorgen wieder S. P. D. Das ist doch der blanke Blödsinn!

Verlangt von den Gewerkschaftsangehörigen, daß sie die Verbandsgeschäfte zu führen, wie es das Interesse der Mitglieder in wirtschaftlicher Beziehung erfordert und wie es im Rahmen des Statuts möglich ist. Ist dieser Rahmen zu eng, so erweitert ihn, die Möglichkeit dazu bietet jede Generalversammlung. Erfüllt der Gewerkschaftsangehörte nicht diese seine Pflicht, nun, dann taugt er nicht zu diesem Amte und muß durch einen Besseren ersetzt werden.

Wer sind diejenigen, die jetzt so über die Gewerkschaftsbeamten zeteren? Seht sie euch an! Ein beträchtlicher Teil davon sind „Novembergenossen“, „Zweimonatsmitglieder“ und „Konjunktursozialisten“. Ich spreche kein Wort gegen die, die aus innerer Überzeugung eine andere politische Meinung haben. Ich respektiere diese Anschauungen, wie ich ja auch anderthalb Jahrzehnte für mich diesen Respekt beanspruchte und er mir ja auch — ich kann das mit Genugtuung konstatieren — bezeugt wurde. Aber die Nacljudt der Phrase, die politischen Umstürzer, die kann ich nicht respektieren.

Wenn mir ein U. S. P. Kollege erklärt, diese oder jene Handlung wirkt im Effekt wie ein Verstoß, wie Betrug, so kann ich mit ihm darüber streiten. Stellt man sich aber hin und erklärt Kollegen für Betrüger und Betrüger, Lumpen usw., bringt für diese Beschuldigungen keinerlei Beweise, ja, versucht nicht einmal das Behauptete zu beweisen, so ist das eine Niederträchtigkeit, zu welcher nur ein ausgemachter Salunko fähig ist.

Alle Zeitungen der U. S. P. schreiben noch heute über das tragische Ende R. Diebsteins und R. Luxemburgs. Fast alle diese Blätter sprechen von Mordmördern und deuten in nicht mißzuverstehender Weise auf die Mehrheitssozialisten. Wo liegt man, wo hört man auf jener Seite etwas von Mord und von Mord? Ebert, Scheidemann, Wels, Noske usw. sind Bluthunde! Ich würde es für schamhaft halten, dem toten Diebsteint jetzt so etwas anzuhängen. Wer aber war der erste, der mit maschinengewehrbespitztem Auto durch die Straßen Berlins fuhr?

Wacht euch frei von der Phrase! Wirkt es nicht lächerlich, wenn ein Mann, der im öffentlichen Leben steht und ernst genommen werden will, erklärt: „Nur über meine Leiche führt der Weg da und dort hin!“ Nun, wir sind „da und dort“ angelangt und der Mann — lebt und ist gesund (was ich ihm von Herzen gönne).

Ein anderer Fall. Ein Kollege, weil S. P. D., wird nicht wieder in die Ortsverwaltung gewählt. Bei der nächsten Wahl zum Arbeiterausschuß läßt man ihn glatt durchfallen, trotzdem er dem Arbeiterausschuß schon 10 Jahre angehört und mehrere Jahre dessen Obmann war. Bei der nächsten Wahl zur Ortsverwaltung wird der Kollege gar nicht zur Wahl gestellt (Januar 1919). Im Januar 1919 fällt der Kollege zur U. S. P. um. Ergebnis: Gewählt in die Ortsverwaltung. Bei den Gemeinderatswahlen unter 36 Kandidaten an zweiter Stelle, ein paar Wochen später Gemeindefürsprecher. Wer hat sich nun hier am läglichsten benommen, die Wähler, der Gewählte, oder beide?

Ein Drittes. Der Arbeiterbetriebsrat eines Großbetriebes beschließt: Mit dem Kollegen R. arbeiten wir nicht zusammen, weil der R. bei den Kämpfen vom 5. bis 11. Januar in Berlin zwischen Spartakisten und Regierungstruppen auf Seiten der Regierung gekämpft hat. (R. war zu dieser Zeit noch gewaltungsmächtig Soldat. Jahrgang 1896.) Der Arbeiterbetriebsrat stellt mit R. kein Verhör an. Man urteilt über R., man verurteilt ihn, aber keine Möglichkeit zur Verteidigung, ja nicht einmal ein Hinweis, wessen man ihn beschuldigt, wird R. mitgeteilt. Ganz privat sagt man zu R.: „Die Kollegen wollen nicht mit dir zusammenarbeiten.“ So mögen sie aufhören, ich habe keine Veranlassung dazu“, sagt R. Eine Vertrauensmännerkonferenz beschließt, mit R. arbeiten wir nicht zusammen. Die Kollegen der Abteilung, wo R. arbeitet, erklären: Wir arbeiten mit dir zusammen. Eine Betriebsversammlung beschließt: Mit den Kollegen, welche auf Seite der Regierung gekämpft haben oder kämpfen wollen (Noskegardisten), arbeiten wir nicht zusammen. Eine weitere Vertrauensmännerkonferenz beschließt: R. ist zu kündigen. Ergebnis: R. arbeitet immer noch in seiner Abteilung. Ist das nicht eine Farce, die geradezu blamabel für die Arbeiterschaft wirken muß?

Aber noch mehr, das wichtigste. Wir alle haben gewirkt und gearbeitet, daß nunmehr alle Berufsangehörigen in ihre Organisation eintraten. Die U. S. P. haben dabei, soweit ich Erfahrung habe, nicht weniger getan als wir. Zu welchem Zweck hatten wir die uns bislang fernstehenden dem Verbande zugeführt? Doch nicht darum, sie wieder abzulösen. Jeder, der das ABC des Gewerkschaftswesens kennt, weiß, daß mit der Erwerbung der Mitgliedschaft noch gar nichts erreicht ist, sondern daß es nun heißt, die neuen Mitglieder zur gewerkschaftlichen Erkenntnis zu erziehen. Nicht die Phrase, die Grobmäuligkeit, nicht das Schimpfen auf dies oder jenes bringt die Erziehung zuwege, sondern systematische und methodische Aufklärung. Die gewerkschaftliche Aufklärung ist aber mittelbar die Erziehung zum Sozialismus.

Wie kann man aber auf unaufgeklärte Gemüter einwirken, wenn der Ton in den Versammlungen ein rüder, wenn statt Ordnung Tumult, statt gegenseitigem Verständnis nur Gerunterreißer stattfindet? Was für einen Eindruck muß es hervorrufen, wenn in einer Versammlung auf die Beamten, ganz allgemein, geschimpft wird, sie als die alleinigen Urheber der miserablen Zustände bezeichnet und davongejagt werden, und in derselben Versammlung trotzdem die Ausschreibung von Beamterstellen beschlossen wird? Jeder Mensch, der seine Sinne beisammen hat, muß das als eine Komödie unheimlicher Art empfinden. Wohin soll es führen, wenn dem Vorstand in jeder Versammlung witzige oder verneinliche Verfehlungen als Arbeiterverrat angedreht werden. Hat denn der Vorstand weiter nichts getan als diese witzigen oder verneinlichen Fehler? Soll die ganze Tätigkeit in den vielen Jahren rein nichts gewesen sein? Wer ließe sich das vom Unternehmer bieten, daß wegen einer Unstimmigkeit die ganze Tätigkeit als unbrauchbar bezeichnet wird? Ich persönlich habe viele Fehden mit dem Vorstand ausgekämpft und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das auch in Zukunft noch der Fall sein wird. Aber bei diesen Kämpfen fand eine persönliche Beunruhigung niemals statt, bei aller Schärfe des Kampfes. Keine Instanz in unserer Organisation darf sich der Kritik entziehen, aber auch kein Mitglied hat das Recht, Einrückungen und Personen, welche diese vertreten, in den Schmutz zu ziehen.

Wer die Gründung der Metallarbeiter-Gewerkschaft (1899), des Bienenfelder Verbandes erlebt hat, der muß wissen, daß nur die Geschlossenheit in unserer Organisation und den freien Fall geben kann, den wir unbedingt haben müssen. Die jetzt grassierende Unzufriedenheit treibt uns auseinander, wenn nicht ruhige Erwägung und Toleranz wiederkehrt. Befreit euch von der Phrase, sie ist hohl und leer wie gebrauchte Konfektverpackungen. Diese addieren auf den Reichtümern — aus Feindlichkeitsgründen! P. Pawlowitsch.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 3. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. August 1919 fällig ist.

## Verichtigungen zur Wahlkreiserteilung.

(Siehe Nr. 28 der Metallarbeiter-Zeitung.)

**Erster Bezirk.**  
In die zusammengefasste Wahlerteilung, die mit Allenstein beginnt, sind folgende neugegründete Verwaltungen einzureihen:  
Dahme i. M., Fürstenberg i. Mecklenb., Guttstadt, Kolberg i. P., Malchow i. Mecklenb., Massow, Rangard, Neu-Strittin, Pilskalen, Pr. Stargard.

**Sechster Bezirk.**  
Riel . . . . . 6 Delegierte.  
Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhebung
	I	II	III	
Altena i. W.	—	—	10	30. Beitragswoche.
Bonn	30	—	15	32.
Buttstädt i. Th.	10	—	—	15. Juli.
Dahme i. M.	5	—	5	31. Beitragswoche.
Eberstadt i. S.	25	—	10	1. August.
Freiberg	20	15	10	32. Beitragswoche.
Gelsenkirchen	30	—	—	36.
Oßnig	—	—	10weibl.	1. August.
Passau i. N.	30	—	—	31. Beitragswoche.
Perforb	30	15	15	32.
Sornberg	30	—	—	31.
Kolberg i. Pom.	30	—	—	15. Juli.
Rönigssee i. Th.	10	—	10	15.
Reisnig	15	10	5 weibl.	32. Beitragswoche.
Neustadt i. Schwarzw.	30	—	—	31.
Oderau	10	10	—	34.
Neutlingen	30	15	15	1. August.
Sankt Georgen	30	—	—	31. Beitragswoche.
Siegburg	30	15	15	32.
Triberg	30	—	—	31.
Villingen	30	—	—	31.
Wiesbaden	30	15	15	33.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:**  
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Köln:  
Der Schleifer Chr. Pullig, geb. am 25. Februar 1890 zu Köln, Buch-Nr. 2.042.190, wegen unfollegalem Verhalten.

**Wieder aufgenommen werden:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Vergeborf:  
Der Schlosser Hans Kühl, geb. am 14. August 1895 zu Sande (334).  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hagen i. W.:  
Der Dreher Arthur Schädel, geb. am 28. Dezember 1888 zu Saalfeld a. S. (23. 11).

**Gestohlen wurde:**  
Mitgliedschafts-Ausweis Nr. 49399, lautend auf den Former Otto Ehrhardt, geb. am 12. Februar 1896 zu Breitenbach, eingetr. am 2. April 1918 zu Sahl. (Suhl).  
Buch-Nr. ?, lautend auf den Elektromonteur Alfons Wohlfarth, geb. am 18. August 1899 zu Magdeburg. (Burg.)  
Buch-Nr. 247.794, lautend auf den Metallarbeiter Hermann Daßler, geb. 4. Mai 1863 zu Waldmannsruhe, eingetretet am 15. September 1898 zu Apolda. (Gifenberg).

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung! — Zugang ist fernzuhalten:

- von Elektromonturen nach Danzig (v. St.);
- von Heizungsmonitoren und Pfeisern nach Stendal (Gehr. Voh) D;
- von Kesselschmieden nach Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) St;
- von Klempnern und Installateuren nach Danzig (v. St.); nach Wittenberge, Bez. Potsdam, L;
- von Metallarbeitern nach Danzig (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) v. St.; nach Ohrdruf i. Th. St. u. W.; nach Memmingen (Fa. Schulz) M;
- von Schnitt- und Stanzbauern, Schlossern, Drehern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Kob. Kottsch) L;
- von Werkzeugmachern nach Wallendorf (Fa. Joh. Kruß) L;
- von Zinnackern nach Regensburg (Fa. Wiedemann) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; W. = Mißstände.  
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

# Berichte

## Feilenarbeiter.

**München.** In der letzten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Haglmaier als Lohnkommissionsmitglied über die in diesem Jahre durchgeführten Lohnbewegungen. Im Oktober 1918 wurde die Forderung von 10 % Feuerungszulage die Stunde an die Unternehmer gestellt. Aber erst am 1. Dezember konnten sie sich entschließen, dies bei Umsetzung auf 8 Stunden zu genehmigen. Da aber bei der fortwährenden Feuerung bei einem Durchschnittslohn von 40 bis 55 M die Woche kein Auskommen war, wurde im Januar wieder eine Feuerungszulage von 30 % die Stunde gefordert. Nach fünfwöchiger Verschleppung wurden nur 20 % die Stunde zugestanden, weshalb das Gewerbegericht angezogen wurde. Der Vorsitzende des Gerichts schlug 20 % als Vergleich vor, auf eine Regelung der Wirtsdfrage sollte nicht eingegangen werden. Unsererseits wurde nun erklärt, daß wir nun nun an in Wirtsd nicht mehr arbeiten könnten und daß auch niemand verpflichtet werden könne, nur zum Mindestlohn 1,22 und 1,54 M die Stunde zu arbeiten. Es wurden dann Löhne von 1,60 bis 1,80 M erzielt, rückwirkend vom 22. Februar. Im März wurde dann beschlossen, den bis zum 1. Mai laufenden Tarif zu kündigen und die Zustimmung der Arbeitgeber zu fordern. Es wurde ein schöner Erfolg erreicht: die 44-Stundenwoche, Mindest-

lohn 2 M, für Mittelfortenhauer 2,20 M, für selbständige Arbeiter, Groß- und Schlachthauer 2,50 M die Stunde. Wirtsd ganzlich abgeschafft. Urlaub bei 1 Jahr 3 Tage, steigend bis 6 Tage, bei voller Bezahlung. Nun liegt es nur an den Kollegen selbst, ihren Mann zu stellen und das Erreichte festzuhalten. Auch die Kollegen der Firma Kobel & Comp. hatten mehrere Bewegungen, alle mit Erfolg. Der Wirtsd wurde auch da abgeschafft, die 44-Stundenwoche eingeführt und Urlaub und eine Entschädigungssumme von 100 bis 200 M bewilligt. Maschinenhauer erhalten 2,60 M, Schleifer 2,80 bis 3,20 M die Stunde. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, für ganz Bayern ein Kollektivabkommen für die Feilenindustrie zu schaffen. Der Antrag, eine dreigliedrige Kommission zu wählen, bestehend aus einem Handhauer, Maschinenhauer und Schleifer, wurde einstimmig angenommen und die Kollegen Haglmaier, Wächler und Schmidbauer gewählt, die sich mit der Verbandsleitung in Verbindung setzen, um die nötigen Vorarbeiten für einen Kollektivarbeitsvertrag zu machen.

## Mechaniker.

**Hamburg.** Die Schreibmaschinenmechaniker Hamburgs haben durch ihre Geschlossenheit einen Tarif mit der Gültigkeit vom 23. Juni 1919 zum Abschluß gebracht. Die Stundenlöhne betragen für gelehrte Arbeiter: im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit 1,70 M, im 2. Jahr 1,90 M, im 3. Jahr 2,10 M, sodann 2,50 M. Nebenmonteure, die ständig als solche tätig sind, erhalten zu obigen ein Pauschale von wöchentlich 4 M. Für vorübergehende Nebenmonteure wird 10 % die Stunde vergütet. Ferien werden unter Fortzahlung der Löhne gewährt: Nach einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 4 Jahren 6 Tage. Den ganzen Tarif hier aufzuführen, würde zu weit gehen. Doch soll noch gesagt werden, daß auf der Kriegsbefähigungstrage viele soziale Fragen mitgelöst sind. Ob der gelbe Büromechaniker-Verband auch solche oder nur ähnliche Erfolge aufzuweisen hat? Die Hamburger Kollegen werden jedenfalls, unbeschadet der gelben Unabbelegen in der Büromechaniker-Zeitung, fest zum Deutschen Metallarbeiter-Verband halten und so des Erfolges sicher sein. — Zu dem Bericht in Nr. 26/27 erklärt in einer Zuschrift Herr F. Rump in Riel, es handle sich im Verband der Büromechaniker um eine reine Berufsvereinigung der Reparateure, in die weder Kollegen anderer Berufsgattungen noch Fabrikmechaniker aufgenommen würden. Es handle sich um keinen Verband wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband, da in ihrer Vereinigung auch Mitglieder desselben seien. Die Vereinigung bezwecke in erster Linie die Verständigung untereinander und den Austausch über Erfahrungen. Die Zeitung heiße: Fachzeitschrift für Büromaschinen und Werkzeuge.

## Metallarbeiter.

**Emden.** In der außerordentlichen Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle am 15. Juli war die Tagesordnung: Entlassung der beiden bisherigen Geschäftsführer. Der bevollmächtigte B. Maas bemerkte einleitend, daß schon seit längerer Zeit beabsichtigt war, die Geschäftsführer zu beseitigen, in der letzten Mitgliederversammlung seien dementsprechende Anträge gestellt worden. Beschlossen wurde dann, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, die sich mit diesen Anträgen beschäftigen sollte. Diese wurde nun heute statt und es wurde nun gleich abgestimmt oder noch darüber geredet werden. Die Kollegen Freyer, Enslat und Fröhlich versuchten nun den Antrag zu begründen. Sie behaupteten, die Angestellten seien daran mitschuldig, daß die Revolution nicht die Früchte gebracht habe, die die Arbeiter erwartet haben. Die Beamten haben die Politik der Mehrheitssozialisten vertreten, damit seien die Mitglieder nicht einverstanden. Auch wurden die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses kritisiert und die Beamten dafür verantwortlich gemacht. Politik und Gewerkschaft lasse sich nicht trennen. Die bisherigen Beamten hätten nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder, weil sie nicht der kommunistischen Partei angehören. Einige Redner glaubten aber doch betonen zu müssen, daß persönlich nichts gegen die bisherigen Beamten vorliege. Es müsse anerkannt werden, daß sie stets ihre Pflicht getan haben, es könne ihnen auch nichts Ehrenrühriges zum Vorwurf gemacht werden. Sie brauchten nur zu erklären, daß sie einen revolutionären, soll heißen den kommunistischen Standpunkt vertreten wollen, dann sei alles gut und erledigt. Man verlangte also nichts weniger, als eine Genunungslumperei von ihnen. Dafür waren die Angestellten natürlich nicht zu haben. Der in der Versammlung anwesende Bezirksleiter Schulz aus Hamburg bemerkte, daß man, wenn man die Reden höre, unwillkürlich daran denke, daß der Zweck die Mittel heilige. Man suche alles mögliche hervor, um gegen die Angestellten Stimmung zu machen, Dinge, auf die die Angestellten gar keinen Einfluß haben. Bemerkenswert sei, daß man den Angestellten beständigen müße, daß sie zu jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldbiligkeit getan haben, aber der Jude müsse verbrannt werden. Man solle sich davor hüten, die Politik in die Gewerkschaft hineinzutragen, die Gewerkschaft müsse einheitslich erhalten werden. Bei den Grundfragen der Gewerkschaften sei in ihnen für alle Parteistellungen Platz. Unbeschadet der Parteistellung soll man nur die Lichtigsten auf verantwortliche Posten stellen, und da man diese Eigenschaften den bisherigen Angestellten nicht bestreiten könne, muß von der Versammlung erwartet werden, daß sie die Anträge auf Entlassung ablehne. Noch eine Anzahl Kollegen, unter ihnen ein Kollege Söder aus Bremen, der eigens zu dem Zweck aus Bremen nach Emden gekommen war, um hier beihilflich zu sein, sprach noch zu den Anträgen, ohne jedoch etwas neues ins Feld führen zu können. Nur zeigten sie zum großen Teil, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung haben, daß ihnen nicht einmal die einfachsten Vorgänge bekannt sind. Schließlich wurde über folgende Resolution abgestimmt: Die heute, am 15. Juli, im Emden stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Emden, fordert die sofortige Entlassung der beiden Angestellten mit Gehaltsvorzahlung, da dieselben nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder besitzen. Es ist eine provisorische Ortsverwaltung zu wählen, desgleichen eine fünfgliedrige Anstellungs-Kommission. Dieselbe hat die Stellen auszuschreiben, die Bewerber zu prüfen und geeignete Kollegen den Mitgliedern in einer Versammlung zur Wahl vorzuschlagen. Diese Resolution wurde mit 182 gegen 156 Stimmen angenommen. Sofort ging man auch an die Ausführung der Resolution und wählte eine provisorische Ortsverwaltung. Es wurden gewählt: Als erster Bevollmächtigter der Kollege Freyner, als zweiter Bevollmächtigter Kollege Gramme, als Kassierer Kollege Baruffel, als Revisoren die Kollegen Müller, Fröhlich und Schlenker. Als Anstellungskommission wurden gewählt: die Kollegen Enslat (schon seit 20. April 1919 Mitglied), ferner Freyer, Freyner, Dümmel und Reich. Die provisorische Ortsverwaltung sollte nun auch gleich die Geschäfte übernehmen. Der Bezirksleiter Schulz verwies jedoch auf den § 33 des Statuts, wonach die Ortsverwaltung vom Vorstand beauftragt werden müsse und daß, bevor nicht diese Befestigung vorliege, die alte Ortsverwaltung die Geschäfte zu führen habe. Die Nachher des ganzen erklärten jedoch, daß sie auf das Statut pfeifen, was bei ihrer Kenntnis der statutarischen Bestimmungen und deren Entfaltung nicht zu verwundern ist. Bemerkenswert noch werden, daß sich alle unbefestigten Mitglieder der Ortsverwaltung mit den gemäßregelten Beamten solidarisch erklärten und auch ihre Ämter niederlegten.

